



Was wir wollen:

**Liberales
Kommunalpolitik**

**für den
Lahn-Dill-Kreis**

Unser Programm für 2006 – 2011

1. Bürgernahe Verwaltung – solide Finanzen

Die Kreisverwaltung ist Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen und Unternehmer, für Städte und Gemeinden sowie für Vereine, Verbände und Institutionen aus unserer Region.

Die Modernisierung der Verwaltung und Reduzierung des bürokratischen Aufwandes ist eine Voraussetzung zur Wahrnehmung dieser Dienstleistungsaufgaben.

- Dazu gehört der Einsatz der neuen Medien – wie zum Beispiel das Internet – der unter dem Aspekt des E-Government verstärkt werden muss.
- Dazu gehören die Straffung von Genehmigungsverfahren und die Überprüfung von Arbeitsabläufen zur Effizienzsteigerung.
- Dazu gehört die Zusammenführung von inhaltlicher Verantwortung und Finanzverantwortung innerhalb der Kreisverwaltung.

Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung auf allen Ebenen muss unterstützt werden – auch durch die Kreisverwaltung.

Die FDP unterstützt alle Bestrebungen die hohe Regelungsdichte im öffentlichen Leben durch Gesetze und Verordnungen abzubauen. Öffentliche Entscheidungsprozesse müssen transparent gemacht werden. Nur so kann Verwaltungshandeln verständlich gemacht werden. Die kommunale Ebene muss in den Prozess der ständigen Überprüfung auf Notwendigkeit von Gesetzen und Verordnungen einbezogen werden. Sie muss auch ihr eigenes Verwaltungshandeln einer ständigen Überprüfung unterziehen. Effizienz des kommunalen Handelns muss an Kriterien des wirtschaftlichen Handelns angepasst werden.

Nach Ablösung der kamentalistischen Haushaltsführung durch das kaufmännische Rechnungswesen im Lahn-Dill-Kreis muss jetzt dafür Sorge getragen werden, dass die Steuerungselemente dieses Systems für den Kreis auch genutzt werden.

- Dazu gehört die Zusammenführung von inhaltlicher Verantwortung und Finanzverantwortung.
- Dazu gehört der Aufbau eines Controllings für die gesamte Kreisverwaltung einschließlich der Eigengesellschaften und Eigenbetriebe.
- Dazu gehört die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung mit den Elementen der innerbehördlichen Leistungsverrechnung, die das Kostenbewusstsein innerhalb der Kreisverwaltung stärkt.
- Dazu gehört der Aufbau eines Produkthaushaltes, der Leistungen des Kreises mit den dazugehörenden Kosten zusammenfügt.

Die Konsolidierung der Kreisfinanzen ist eine der politischen Grundaufgaben für die Zukunft. Dazu gehört, dass zum einen die fremdbestimmten Elemente der Finanzmisere definiert werden und zum anderen eigene Anstrengungen zur Kosteneinsparung unternommen werden. Die Konsolidierung ist notwendig, um auch in Zukunft noch handlungsfähig zu sein und notwendige Zukunftsinvestitionen vornehmen zu können. Ziel liberaler Politik ist ein ausgeglichener Haushalt. Schulden sind Belastungen, die auf die nächsten Generationen übertragen werden. Eine Politik, die neue Schulden macht, ohne ernsthafte Konsolidierungsbemühungen wird von der FDP nicht unterstützt. Daher gehören alle Ausgaben des Kreises vorbehaltlos auf den Prüfstand – einschließlich der Personalausgaben.

Das Ziel ist eine kostenoptimierte und effiziente zugleich aber leistungsstarke Kreisverwaltung. Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung sind eine Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen. Der Aufbau eines Beschwerdemanagements in der Verwaltung kann einen Beitrag zur Zielerreichung leisten. Zur Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören ebenfalls Leistungsanreize und berufliche Perspektiven für die Leistungsbereiten. Es ist die Führungsverantwortung der politisch Verantwortlichen in der Kreisspitze – Landrat und hauptamtliche Kreisbeigeordnete –, dass die Verwaltung zielorientiert, kostenbewusst, motiviert und leistungsbereit die ihr übertragenen Aufgaben wahrnimmt.

Die innere Organisation der Kreisverwaltung muss – insbesondere nach Eingliederung der ehemals staatlichen Landratsverwaltung – hinsichtlich der Ablauf- und Aufbauorganisation mit dem Ziel der Optimierung von Verwaltungsabläufen untersucht werden.

2. Bildung – unser wichtigstes Gut

Für unsere Gesellschaft sind Bildung und Ausbildung die wichtigsten Ressourcen für die Erhaltung der Freiheit, die Einübung der Toleranz und die Entwicklung der individuellen Leistungsfähigkeit. Daher sehen wir als Liberale Bildung als eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe.

Obwohl Bildungspolitik weitgehend Landespolitik ist, hat der Lahn-Dill-Kreis als Schulträger die wichtige Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Lernen in der Schule fördern und unterstützen. Hierzu gehört die sachliche Ausstattung genauso wie Fragen des Schülertransports.

Schülerinnen und Schüler, die sich ehrenamtlich für die Schule engagieren – ob als Busbegleiterinnen und Busbegleiter, für den Schulsanitätsdienst oder in anderen schulischen Zusammenhängen – verdienen Anerkennung. Die FDP ist der Auffassung, dass die Ehrenamtskarte auf für diesen Bereich ausgedehnt werden soll.

Ausstattung der Schulen

Gut und erfolgreich Lernen kann man nur, wenn das Umfeld stimmt. Dazu gehört nicht zuletzt der bauliche Zustand der Schulen sowie die Ausstattung der Schulen mit Lernmitteln. Die begonnenen Programme zur baulichen Sanierung der Schulen müssen fortgesetzt werden.

Die Nutzung der neuen Medien in den Schulen ist eine Voraussetzung, in der Informationsgesellschaft zu bestehen und die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen. Die Ausstattung der Schulen im naturwissenschaftlichen und sprachlichen Bereich ist ebenso wichtig, wenn es darum geht, die Voraussetzungen zur Nutzung von Bildungschancen zu schaffen. Dies ist Aufgabe des Kreises.

Die Forderung „**Schulen ans Netz**“ ist kein Allheilmittel. Aber nur wer die neuen Medien beherrscht und sie sinnvoll und zielgerichtet einsetzen kann, wird in der Informationsgesellschaft bestehen. **Computer und Internetzugang** für möglichst viele Schüler ist ein erster und wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der Kreis ist aufgefordert bei der Modernisierung der Ausstattungen von Schulen neue Wege zu gehen. Dazu gehört die Partnerschaft mit der Wirtschaft, die sich im Bereich der berufsbildenden Schulen bereits bewährt hat. Ein herausragendes Beispiel ist das Studium-Plus am Standort Wetzlar.

Leistungsorientierung an Schulen meint ein beidseitiges Bekennen zur Leistung. Von Schülern ebenso wie von Lehrerinnen und Lehrern. Dazu gehört die Bereitschaft, neue Wege einzuschlagen und an alten Systemen zu rütteln. Die FDP ist bereit, neue Wege zu gehen und neuen Bildungskonzepten eine Chance zu geben.

Schulentwicklungsplanung

Eine zukunftsorientierte Schulentwicklungsplanung muss in der Lage sein, neue Entwicklungen aufzugreifen und in die Zukunftsplanung einzubeziehen. Zurückgehende Schülerzahlen im Primarbereich und Bereich der Sekundarstufe I, Steigende Schülerzahlen im Bereich der Förderschulen und der beruflichen Schulen sowie neue Konzepte im **Bereich der vorschulischen Bildung** und Erziehung zwingen dazu, über Schulstandorte nachzudenken und neue Wege über die Kreisgrenzen hinaus zu gehen. Die FDP wird sich für Bestandsaufnahme aller Schulstandorte unter dem Blickwinkel sich verändernder Schülerzahlen einsetzen. Dies muss im offenen Dialog mit allen Beteiligten geschehen. Hier müssen gemeinsam Konzepte entwickelt werden und die Schritte der Umsetzung besprochen werden.

Schülertransport

Zur Schule und sicher und zuverlässig wieder nach Hause zu gelangen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein - dies ist jedoch für manche Schüler in unserem Kreis eine Wunschvorstellung, wie **überfüllte Schulbusse**, stehen gelassene oder im Bus von Mitschülern bedrängte Schüler zu berichten wissen.

Wir wollen durch bessere Organisation Stoßzeiten mindern, im Bedarfsfall aber auch **mehr Busse zur Verfügung gestellt wissen**. Überfüllung steigert Aggression - nur die Starken und Rücksichtslosen erhalten einen Platz. Was die Schüler dabei 'lernen', wollen wir gesellschaftlich sicher nicht fördern. In den Bussen einen **Schulwegbegleiter** mit fahren zu lassen, halten wir für ein wichtiges Instrument, um auch den Schwachen die oftmals vorhandene Angst vor dem Schulbus zu nehmen.

Sprachförderung für Aussiedler und ausländische Schüler

Wer dem Unterricht beiwohnen muss, ohne die **Unterrichtssprache zu verstehen**, der kann - selbst bei größter Intelligenz - dem Stoff nicht folgen. Die Unterrichtsstunde wird zur verschwendeten Zeit, Frustration stellt sich ein, die sich nicht selten in Aggression entlädt. Auch der Lehrer ist überfordert, da er dem Schüler nicht gerecht werden kann. Es ist daher unverantwortlich, Schüler, die der deutschen Sprache nicht oder nur unzureichend mächtig sind, ohne Vorbereitung in den Regelunterricht zu setzen.

Wir fordern daher mit Nachdruck die Einführung von Sprachklassen, die der Integration in den Regelunterricht vorangehen müssen. Der Landkreis muss sich beim Hessischen Kultusministerium in diesem Sinne um die Einführung von Sprachklassen bemühen.

Integration

Die FDP setzt sich dafür ein, dass Integration nicht nur gefördert sondern auch gefordert wird, denn es muss sich auch um eine „Bringleistung“ der betroffenen Menschen handeln.

Die FDP fordert eine Prüfung, ggf. über den Ausländerbeirat, inwieweit ein privates und ehrenamtlich Engagement von deutschen und ausländischen Mitbürgern zur Integration, wie z.B. Durchführung von Sprachkursen für Vorschulkinder, möglich ist.

Vorschulische Erziehung

Wir setzen uns dafür ein, dass bereits in den Kinderbetreuungseinrichtungen die Sprachkompetenz gefördert wird. Nur so können gleiche Startchancen ermöglicht werden. Wir unterstützen das Konzept der Kinderschule

Schulen mit Ganztagsbetreuung

Die FDP hat sich in den vergangenen Jahren sehr für betreute Grundschulen und Grundschulen mit **festen Öffnungszeiten** eingesetzt. Zukünftig kommt es darauf an das Angebot von Schulen mit Ganztagsbetreuung flächendeckend im LDK auszubauen. Voraussetzung ist, dass entsprechend viele Eltern den Wunsch zur Einrichtung äußern und ihre Bereitschaft erklären, sich über einen **Elternverein** an der Trägerschaft der Maßnahmen zu beteiligen. Auch hier stehen wir für mehr Hilfe zur Selbsthilfe und appellieren an Eltern, an die aktive Großelterngeneration, an Vereine und Initiativen sich für „ihre“ Kinder zu organisieren und dadurch für mehr Qualität und Vielfalt in der Ganztagesbetreuung zu sorgen. Ein Staat kann nur so gut sein, wie die Menschen, die in ihm leben.

Jugendarbeit

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft ist: engagierte Jugendarbeit. Sie hat einen hohen sozialen und gesellschaftlichen Stellenwert. Eine gute vorschulische und schulische Förderung der Kinder muss in eine intensive und vielseitige Jugendarbeit münden. Während Kinder mehr gefördert werden müssen, sollten Jugendliche durch entsprechende Angebote intellektuell und durch körperlicher Aktivität gefordert werden.

Deshalb fordern Wir

- die Jugendarbeit der Vereine in die Jugendarbeit der Kommunen zu integrieren
- die Jugendarbeit der Kommunen stärker zu vernetzen und neue Netzwerke aufzubauen, um die Angebote breiter zu fächern
- die Jugendarbeit um generationsübergreifende Initiativen zu erweitern
- in der Jugendarbeit die Eigeninitiative und Selbstorganisation der Jugendlichen stärker zu fördern.

Jugendarbeit für Integration, gegen Gewalt und als Vorbereitung für die Berufsausbildung muss besonders begleitet werden. Diese Arbeit muss schon im Kindesalter beginnen. Die laufenden Programme wie FAST und die Sozialarbeit an Schulen müssen ausgebaut werden.

Sportförderung

Sport hat ein großes soziales Potential. Er fördert Integration, Teamgeist und Verantwortungsbewusstsein und dient damit der Prävention gegen sozialen Abstieg. Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement der Sportvereine die im Kinder- und

Jugendbereich viel leisten. Deshalb fordern wir, dass kreiseigene Hallen ohne Gebühren von Sportvereinen genutzt werden können.

Erwachsenenbildung

Die Nachfrage nach Weiterbildung nimmt kontinuierlich zu. Die **Volkshochschulen** thematisieren mit ihren Unterrichtsangeboten die neuen Anforderungen in der Arbeitswelt und Veränderungen in der Gesellschaft. Sie müssen in der Lage bleiben, ein flächendeckendes Angebot zu erhalten. Weiterbildung soll für alle möglich sein und darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Eine **engere Zusammenarbeit** der Stadt- und Kreisvolkshochschule (Lahn-Dill-Akademie) wird zu einer effizienteren Nutzung der Ressourcen führen.

3. Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung

Die wirtschaftliche Struktur des Lahn-Dill-Kreises ist überwiegend vom verarbeitenden Gewerbe und Industriestrukturen gekennzeichnet. Handwerk und handwerksähnliche Unternehmen nehmen zu. Im Handel ist kein Wachstum zu verzeichnen. Der Beitrag der Landwirtschaft zur wirtschaftlichen Entwicklung ist rückläufig. Dienstleister haben im Raum an Lahn und Dill noch erhebliches Entwicklungspotential. Das vorhandene Potential muss gefördert werden. Die Entwicklungspotentiale, die in den Nachbarregionen liegen müssen für den Lahn-Dill-Kreis nutzbar gemacht werden. Die Aktivitäten des Vereins MitteHessen e.V. müssen unterstützt werden. Dazu ist ein Beitritt des Lahn-Dill-Kreises zu diesem Verein notwendig. Auch nach einem Beitritt zum Verein MitteHessen e.V. bleibt Wirtschaftsförderung mit eine Aufgabe des Kreises.

Erfolgreiche Strukturpolitik erfordert in erster Linie eine ausreichende Finanzausstattung. Darüber hinaus ist die öffentliche Hand wichtiger Partner als Nachfrager und Auftraggeber. Hoher Sozialtransfer und Haushaltsdefizite beeinträchtigen die Investitionskraft des Lahn-Dill-Kreises erheblich. Zu den vordringlichsten Aufgaben des Kreises gehört auch aus diesem Grund die Konsolidierung seiner finanziellen Situation und Schuldenabbau.

Zum wirtschaftlichen Handeln gehört auch zu prüfen, ob kommunale Leistungen nicht gleichwertig oder kostengünstiger durch private Anbieter erbracht werden können. Hier stehen Wir für ein Mehr an wirtschaftlichem Denken und Handeln.

Der Mitverantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung muss der Lahn-Dill-Kreis deshalb durch gezielten Einsatz seiner Mittel für investive Maßnahmen Rechnung tragen. **Konsumtive Ausgaben sind, wo irgend möglich, zu Gunsten investiver Maßnahmen zu reduzieren.** Damit leistet der Lahn-Dill-Kreis einen wichtigen Beitrag zum Entstehen neuer Arbeitsplätze.

Dieses Grundverständnis von aktiver Strukturpolitik des Lahn-Dill-Kreises wird die Arbeit der FDP im neuen Kreistag 2006 wieder leiten.

Im neuen Kreistag wird sich die FDP vornehmlich folgenden Aufgaben stellen:

- den Wirtschaftsstandort sichern und ausbauen und für innovative Betriebe interessant machen,

- für ein investorenfreundliches Umfeld sorgen,
- Verkehrsprojekte sinnvoll vorantreiben,
- für einen Abbau von unnötigen Reglementierungen eintreten,
- sich für arbeitsmarktgerechte Ausbildungsgänge einsetzen,
- Existenzgründung fordern und fördern,
- Ineffizienzen bekämpfen,
- Eigninitiativen fordern und fördern.

Industrie und verarbeitendes Gewerbe

Der Anteil der gut qualifizierten Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe liegt um 50% höher als der Landesdurchschnitt. Die Anzahl der Arbeitsplätze in den überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen unseres Wirtschaftsraumes liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt. Kommunale Wirtschaftspolitik muss diese Faktoren berücksichtigen. Die besondere Topographie und Belange des Naturschutzes führen zu einer Knappheit an zusammenhängenden Gewerbeflächen. Gewerbeflächenmangel bringt nicht nur Nachteile für die Neuansiedlung von Unternehmen mit sich, sondern kann auch zu einer Abwanderung ansässiger Unternehmen führen.

Zur Sicherung des Standortes und der Erhaltung qualifizierter Arbeitsplätze ist zu fordern:

- Interkommunale Kooperationen im Bereich Gewerbeflächen und Standortmarketing,
- Reaktivierung ungenutzter Gewerbeflächen,
- Ein sinnvolles Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie.

Handwerk und mittelständische Unternehmen

Gerade bei den überwiegend unternehmergeführten Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks ist die Sensibilität der Verwaltung gefordert. Der bürokratische Aufwand muss für diese Unternehmen auf ein unerlässliches Minimum reduziert sein, um den Betrieb nicht unnötig zu belasten. Dazu gehören:

- schnelle Genehmigungsverfahren,
- Unterstützung bei Existenzgründung und Betriebsausweitung,
- bestmögliche Unterstützung bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit, Unterstützung der IHK Wetzlar-Dillenburg und der Kreishandwerkerschaften Wetzlar und Dillenburg in ihrem Bemühen um die Gründung weiterer selbständiger Betriebe,
- besondere Berücksichtigung der heimischen Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungen durch einen fairen Wettbewerb,
- Nutzung der freien Vergabe (bis zu 25 000€) an heimische Betriebe,
- Keine Konkurrenz der heimischen Betriebe durch kommunal betriebene Unternehmungen.

Einzelhandel

Der innerstädtische Einzelhandel in den Städten des Lahn-Dill-Kreises sieht sich vor große Herausforderungen gestellt und befindet sich zum Teil in einer existenzbedrohenden Lage.

Im Austausch mit den regionalen Planungsbehörden muss der Lahn-Dill-Kreis die Interessenlage des Handels vermitteln.

Die Verwaltung muss die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der serviceorientierte Einzelhandel und die innenstadtnahen Handelsmärkte sich ergänzen. Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren ist die Verkehrsführung. Sie entscheidet maßgeblich mit über Verödung oder Belebung von Innenstädten. Deshalb muss der Lahn-Dill-Kreis über die Verkehrsbehörden seine Mitwirkungsmöglichkeiten in der Verkehrsführung verantwortlich wahrnehmen.

Die Ausdehnung von Fußgängerzonen ist zu überprüfen.

Es ist wünschenswert, dass im Zusammenwirken mit Anwohnern, Gewerbevereinigungen und Stadtverwaltungen emissionsarme Busse des ÖPNV von gut angebundenen Parkplätzen bis in die Fußgängerzonen fahren können.

Die Kommunen können nur den Rahmen gestalten. Für Unterhaltung müssen andere sorgen. Dies tun immer mehr große Discounter oder Handelsriesen, welche dem lokalen Einzelhandel als mächtige Konkurrenten gegenüber stehen. Um diesen Trend umzukehren ist gerade der Einzelhandel aufgefordert. Es müssen die Stärken des Einzelhandels wie Qualität, Service, Freundlichkeit, Kompetenz stärker in den Fokus gerückt werden. Denn Geiz ist nicht geil, sondern beraubt uns der notwendigen Arbeitsplätze, wie sie im gesunden Einzelhandel in einer viel größeren Zahl geschaffen werden können. Geiz beraubt uns auch um die Ausbildungsplätze, wie sie im Einzelhandel mehrheitlich geschaffen werden können. Und Geiz beraubt uns einer Vielfalt an kleinen und mittleren Läden, wie es ein Stadtbild mit Lebens- und Einkaufskultur benötigt.

Gastronomie

Eine ausgewogene, vielfältige Gastronomie trägt entscheidend zum Freizeitwert einer Region bei und hat eine wichtige Funktion zur Gewinnung zusätzlicher Kaufkraft. Die Stellplatzverordnung muss flexibel angewandt werden und darf den Start in die Selbständigkeit und die Entstehung von Arbeitsplätzen nicht verhindern.

Tourismus

Alle Maßnahmen der Tourismusförderung im Lahn-Dill-Kreis sind auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Erstrebenswert ist ein Tourismus, der längere Aufenthaltszeiten mit sich bringt. Längere Verweilzeiten sorgen für höhere Umsätze und die Gewinnung zusätzlicher Kaufkraft. Die Städte und Gemeinden des Kreises sowie der Lahn-Dill-Kreis selbst sollten ihre Marketingstrategien im Tourismusbereich kritisch überdenken und mit dem Ziel überarbeiten, den „Regionstourismus„ durch „Thementourismus„ zu ersetzen.

Die FDP im Kreistag wird jedes sinnvolle Projekt des Radwegebaus und des Ausweises von Wanderwegen unterstützen, das dazu geeignet ist, die Attraktivität der Region zu erhöhen. Ebenso werden wir die Instandsetzung bzw. Instandhaltung von sehenswerten Gebäuden, Burgen und Schlössern fördern.

Das kulturelle Angebot innerhalb des LDK muss stärker vernetzt und besser aufeinander abgestimmt und in das Tourismusangebot integriert werden.

Dienstleistungsbereich

Für den Dienstleistungsbereich gibt es im Lahn-Dill-Kreis noch ein erhebliches Entwicklungspotential. Die Wirtschaftsförderung des Lahn-Dill-Kreises muss den

heimischen Raum auch als Dienstleistungsstandort fördern. Die FDP schlägt für diesen Bereich die Einschaltung von externem Sachverstand vor.

Verkehrsanbindung der Region

Die Anbindung eines Gewerbestandortes an sichere und schnelle Transportwege ist in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft, die kaum mehr Lagerhaltung kennt, von großer Bedeutung.

Wünschenswert ist eine stärkere Einbindung der Schienenverkehrssysteme in die Transportnotwendigkeiten der Unternehmen. Derzeit sind die Angebote der Deutschen Bahn AG jedoch nicht flexibel genug und für den Bedarf einer überwiegend mittelständisch geprägten Wirtschaft kaum zu nutzen.

Die FDP wird Möglichkeiten unterstützen, im nördlichen Kreisgebiet einen schienengebunden Frachtknotenpunkt zu etablieren.

Auf absehbare Zeit sind Transportleistungen nach wie vor von der Straße abhängig.

Die Autobahn A 45 ist für den Lahn-Dill-Kreis als Verbindung in die Ballungszentren Rhein-Main und Rhein-Ruhr von zentraler Bedeutung. Aufgrund der entstandenen hohen Verkehrsdichte und überwiegend nur zweispurigen Fahrstreifen im Bereich des Lahn-Dill-Kreises häufen sich die Stausituationen. Zunehmend werden deshalb auch Bundes-, Landes- und Kreisstrassen im Kreisgebiet zum Umfahren der Staus genutzt, mit allen negativen Konsequenzen für Anwohner und Wirtschaft. **Ein durchgehender dreispuriger Ausbau der A 45 im Bereich des Lahn-Dill-Kreis ist dringend erforderlich.** Dem Lahn-Dill-Kreis kommt die Aufgabe zu, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur schnellen Realisierung dieser Maßnahme zu nutzen.

In vielen Ortschaften des Lahn-Dill-Kreises sind Anwohner durch außerordentlich hohe Verkehrsaufkommen belastet. Die Lebensbedingungen sind an den stark frequentierten Bundesstrassen in Frohnhausen/Wissenbach (B 253), in Herbornseelbach (B 255), Asslar (B 277) und Haiger (B 277) teilweise unerträglich. Die Planung der Ortsumgehungen muss beschleunigt vorangetrieben werden.

Wo Naturschutzinteressen berührt werden, ist für Ausgleich zu sorgen. Der dem Verkehrsminister vorliegenden Vorentwurf für eine Ortsumgehung Herborn-Seelbach muss schnell umgesetzt werden

Der Lahn-Dill-Kreis muss auf eine Entscheidung drängen.

Dies gilt auch für den **Planungsbeginn für die Ortsumgehung Frohnhausen/Wissenbach**, die mit dem Bedarfsplan des Landes vom Hessischen Verkehrsminister im Bundesverkehrsministerium bereits im März 2000 angemeldet wurde.

Zur **Realisierung der Ortsumgehung Asslar** schlägt die FDP Lahn-Dill in Abstimmung mit den Naturschutzverbänden eine Ortsumfahrung auf einer Hochstrasse vor. Der Lahn-Dill-Kreis ist aufgefordert, im Benehmen mit der Stadt Asslar Bewegung in den schon mehr als zehn Jahre andauernden Planungsprozess zu bringen.

Die **Wetzlarer Westtangente (B 277a)** befindet sich derzeit im Planfeststellungsverfahren. Der schnellen **Realisierung** kommt wegen ihrer überregionalen Bedeutung und zur notwendigen Entlastung des Wetzlarer Stadtzentrums überragende Bedeutung zu.

Dort wo es Verkehrsaufkommen und Fläche zulassen, wird sich die FDP zur Schonung von Anwohnerschaft und Umwelt für die Einrichtung von Kreisverkehren anstatt Ampelanlagen einsetzen.

Der Lahn-Dill-Kreis muss seine Verpflichtungen für die Befahrbarkeit und den Substanzerhalt der in seiner Obhut stehenden Kreisstrassen wieder wahrnehmen. Ein Substanzabbau wie z.B. auf der Kreisstrasse K 40 von Haiger nach Donsbach ist nicht hinzunehmen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die FDP hält es für dringend, ein abgerundetes und gut organisiertes Angebot öffentlicher Nahverkehrsdienstleistungen zur Vervollständigung des Verkehrsangebotes im Lahn-Dill-Kreis im Sinne der Bürger und der Wirtschaft zu schaffen.

Insbesondere die Bahnverbindungen in die Ballungsräume Rhein-Main und Köln sind von übergeordneter Wichtigkeit. Die FDP wird im Kreistag die Bemühungen des Lahn-Dill-Kreises zum Erhalt der Interregioverbindungen (IR) unterstützen.

Gerade das mit 25 Mio. DM jährlich vom hessischen Verkehrsministerium aufgelegte Modernisierungsprogramm für Bahnhöfe wird die Akzeptanz der Bahn erhöhen. Umgestaltete Bahnhöfe werden insbesondere auch den Sicherheitsbedürfnissen der Fahrgäste gerecht. Weitere Park & Ride Flächen sowie ein zusätzliches Angebot an Schnellverkehrszügen werden für mehr Verkehr auf der Schiene sorgen.

Der ÖPNV ist an den berechtigten Interessen und den Bedürfnissen der potentiellen Kunden auszurichten, nur dann wird das Angebot akzeptiert und angenommen.

Leere Züge und Geisterbusse sind weder ökonomisch noch ökologisch zu verantworten. Es muss untersucht werden, ob alle Strecken aufrechterhalten werden müssen.

Kreiseigene Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen mbH (GWAB)

Die zur Qualifizierung von Benachteiligten wertvolle Tätigkeit der GWAB wird die FDP aus ihrem Sozialverständnis heraus durchaus wohlwollend begleiten. **Eine verstärkte wirtschaftliche Betätigung der GWAB als Unternehmen der öffentlichen Hand, das in bedenklicher Nähe zur Wirtschaft operiert, lehnt die FDP ab.**

Eine kontinuierliche Aufgabenüberprüfung ist daher erforderlich. Diese Überprüfungen streben wir aber für alle kreiseigenen Betriebe an.

„Weiche“ Standortfaktoren

Zunehmend wird die Gewinnung von Fach- und Führungskräften für die Unternehmen im Lahn-Dill-Kreis davon abhängen, welche Rahmenbedingungen der Lahn-Dill-Kreis zu bieten hat. Der Lahn-Dill-Kreis kommt dieser Notwendigkeit derzeit nur unzureichend nach.

Politiker der FDP im Kreistag werden ab 2006 wieder dafür sorgen, dass

- das kulturelle Angebot kreisweit gefördert und verstärkt wird.
- Freizeiteinrichtungen in Abstimmung mit den Kommunen geplant und realisiert werden, damit Synergieeffekte genutzt werden können.

So ist zu erkennen, dass die klassischen Hallenbäder kaum mehr eine Chance auf wirtschaftlichen Betrieb haben. Bei Neubauten sollten deshalb grundsätzlich private Investoren mit in Betracht kommen.

Wirtschaft, Bildung und Ausbildung

Eine starke und expandierende Wirtschaft in der Region hat Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften. Nicht nur die Ausbildung, auch die Weiterbildung von Arbeitnehmern gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen im Lahn-Dill-Kreis ist zunächst befriedigend, jedoch ist zu beobachten, dass die Zahl der Ausbildungsstellen nicht mit dem Wachstum der Wirtschaft im Kreis einhergeht.

Die FDP begrüßt daher auch die Initiativen von Unternehmen, Ausbildungsverbände einzurichten. Damit wird Jugendlichen eine weitere Möglichkeit zur qualifizierten Ausbildung geboten.

Die FDP im Kreistag wird dies unterstützen. Auch werden wir uns verstärkt den privaten Bildungsträgern widmen um eine mögliche qualitative Lücke im öffentlichen Bildungsangebot zu schließen.

Die Berufsschulstandorte Dillenburg und Wetzlar sind in diesem Zusammenhang für die Qualität der Ausbildung im Lahn-Dill-Kreis von herausragender Bedeutung. Wir unterstützen die Forderungen der Wirtschaft nach Konzentration des Unterrichts und der kritischen Überprüfung der Lerninhalte.

Die Einrichtung von Studienangeboten in der Stadt Wetzlar durch die Fachhochschule Gießen/Friedberg ist von der FDP seit Jahren gefordert worden. Das Thema muss auf der Tagesordnung bleiben.

4. Sozialpolitik

Auf der Ebene der Kreisverwaltung und der Kreispolitik kann Sozialpolitik nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einerseits und daneben als freiwillige Leistung andererseits weiterentwickelt werden. Diese freiwilligen sozialen Leistungen des Kreises sind regelmäßig zu überprüfen.

So ist die Arbeit der kreiseigenen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildung und Beschäftigung (GWAB) darauf zu überprüfen und laufend zu kontrollieren, dass keine mit Kreisgeldern subventionierte Konkurrenz für Privatunternehmen und Privatanbieter (Freie Träger im Sozialbereich) betrieben wird.

Die FDP-Lahn-Dill wird sich darüber hinaus dafür einsetzen,

- mehr Anreiz zu eigenverantwortlichem Handeln zu schaffen
- das Sozialhilferisiko der Kinder zu senken, indem die Integration allein erziehender Mütter in das Arbeitsleben gefördert wird.

Im Rahmen der Vergabe von Arbeitslosengeld II ist zu überprüfen, inwieweit die Aufnahme von Arbeit mit weiteren Hilfestellungen begleitet werden kann, soweit dies auf kommunaler Ebene möglich ist. Auch soll die Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit in Hinblick auf berufliche Fördermaßnahmen verstärkt werden. Hier werden wir uns auch den privaten

Personalagenturen widmen und eine Überprüfung des Qualitätsstandards fordern, sowie eine Zusammenarbeit im Problemfeld „Arbeit“ fördern und befürworten.

Grundsätzlich soll bei jedem erwerbsfähigen Leistungsbezieher nach festzulegenden Zeiten individuell geprüft werden, ob eine Arbeitsaufnahme für den Betroffenen möglich und zumutbar ist und ob entsprechende Angebote gemacht werden können. Die Dauer des Arbeitslosengeld II Bezugs soll damit im Sinne aller Beteiligten möglichst kurz ausfallen.

Das Bemühen der Kreisverwaltung, Arbeitslosengeld II Bezieher in Arbeit zu vermitteln, ist weiter zu unterstützen; dabei sind aber auch Konzepte zu entwickeln, die den bürokratischen und behördlichen Charakter dieser Tätigkeit verringern (z.B. Leistungsanreize für die Mitarbeiter, Einstellung qualifizierter Vermittler, Kosten-Nutzen-Analyse).

Auch die Schuldnerberatung des Kreises ist einzubeziehen. Die Einbeziehung der Schuldnerberatung soll bei der Überprüfung eines jeden Einzelfalles verhindern, dass ein Leistungsempfänger wegen hoher Schulden keine Arbeit aufnimmt und statt dessen jahrelang Sozialleistungen in Anspruch nimmt.

Hier ist im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu prüfen, ob nicht zusätzliche Freibeträge und die schnelle und konsequente Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens Wege aus der Überschuldung bieten.

Ein zunehmendes Problem stellt das Sozialhilferisiko von Alleinerziehenden dar. Hier ist die Dauer des Sozialhilfebezugs deutlich länger. Dieses Problem hat Langzeitfolgen und massive Rückwirkungen für die gesamte Gesellschaft, neben dem materiellen Aspekt zeigt sich die Gefahr, dass in immer mehr Familien sich der Sozialhilfebezug über Generationen fortsetzt.

Zudem ist es für Alleinerziehende, je länger sie aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, schwieriger, in das Arbeitsleben zurückzufinden. Viele Alleinerziehende wollen weiter berufstätig sein, auch wenn es nur in Teilzeit möglich ist. Im Niedriglohnsektor lohnt sich dies aber nicht, auch werden keine ausreichenden Hilfestellungen gegeben.

1. Die FDP will deshalb Alleinerziehende unterstützen, einen Beruf auszuüben oder in den Beruf zurückzukehren.
2. Die bisherige Freibetragsgewährung muss überprüft werden; neue Leistungsanreize sind zu schaffen.
3. Bei Dauerbezug müssen regelmäßig und verstärkt Angebote gemacht werden, die das Bedürfnis der Frauen fördern, Arbeit anzunehmen.
4. Die Angebote an Kinderbetreuung sind an den Einrichtungen des Kreises und der Gemeinden (insbesondere Kindergärten und Schulen) in Absprache mit den örtlichen Betroffenen (Eltern und Kindern) so zu verbessern, dass durch Kinderbetreuung eine Arbeitsaufnahme grundsätzlich möglich wird.

Nicht zuletzt um vor allem Frauen nach und während einer Phase der Kleinkindbetreuung die Arbeitsaufnahme bzw. die Aufrechterhaltung eines

Arbeitsverhältnisses zu ermöglichen, sind die Angebote an Kinderbetreuung zu verbessern. Auch die Landesmittel bezüglich der „Grundschule mit regelmäßigen Öffnungszeiten,, müssen vom Kreis flächendeckend eingesetzt werden.

Wenn Verbesserungen erzielt werden bei

- flexibler Gestaltung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten
- dem Angebot an Tagesmüttern
- der Einführung fester Öffnungszeiten zumindest an Grundschulen

leistet die öffentliche Hand auch einen Beitrag zur Gleichstellung von Mann und Frau. Die Vereinbarkeit von Beruf und Kind wird verbessert, wenn Frauen im Familienbereich entlastet werden.

Hilfe für behinderte Menschen

Für Menschen mit Behinderungen in jedem Lebensalter hat der Kreis eine ganz besondere Verantwortung. Kinder, die von Geburt an behindert oder von Behinderung bedroht sind, brauchen frühe Hilfe, die sich in einer guten Förderung im Kindergartenalter fortsetzen muss.

Spezielle Angebote in Kinderzentren sind vor allem für Kinder mit schweren Behinderungen unverzichtbar.

Wenn behinderte Kinder im Kindergarten ihres Wohnortes aufgenommen werden, müssen nicht nur die räumlichen Verhältnisse angepasst sein, vor allem müssen die Mitarbeiterinnen in der Lage sein, diese Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern. In den Schulen des Kreises sind die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit sie Kinder mit Behinderungen aufnehmen können.

Eine besondere Aufgabe muss die Bauaufsicht darin sehen, öffentliche und öffentlich zugängliche Gebäude auch für Behinderte zugänglich zu machen. Beratung der Gemeinden bei ihren Vorhaben ist besonders wichtig.

Der Kreis muss dafür sorgen, dass Erwachsene mit Behinderungen in betreuten Wohngruppen oder allein mit Betreuung außerhalb von Heimen leben können.

Die FDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Selbsthilfegruppen gefördert und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Sie dürfen nicht zu Randgruppen werden.

5. Das kulturelle Angebot- ein Gradmesser der Lebensqualität

Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Liberale Kulturpolitik ist seit jeher offen für neue Wege und Ideen. Gleichzeitig gilt es, unser ererbtes Kulturgut zu bewahren und weiter zu geben.

Aus diesem Grund setzt sich die FDP mit Nachdruck für die Erhaltung der Grube Fortuna als Kulturdenkmal ein. Keine Entwicklung der jüngsten Zeit war so prägend für unsere Region wie der Eisenerzabbau, die Verhüttung und Verarbeitung des Metalls. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, aufgrund der Haushaltslage finanzielle Zuschüsse des Kreises zurückzufahren. Aus diesem Grund sind intelligente Lösungen gefragt. Konkret fordern wir

- die Erstellung eines Konzepts für die langfristige Erhaltung der Grube Fortuna,
- die Reduktion der Kosten durch stärkere Einbindung ehrenamtlicher und geringfügig beschäftigter Personen,
- die Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten von Landes-, Bundes- und EU-Seite – als FDP nutzen wir hierzu unsere Kontakte zu FDP-Parlamentariern auf allen Ebenen,
- das Hinzugehen auf private Förderer und Sponsoren.

Die Unabhängigkeit künstlerischen und kulturellen Schaffens darf durch öffentliche Zuwendungen nicht eingeschränkt werden. **Die Kultur- und Vereinsförderung ist ein integraler Bestandteil der Kommunalpolitik.** Die Basis dafür sind freiwillige Leistungen der Gemeinden, ebenso wie ehrenamtliches Engagement und Kultursponsoring.

Für liberale Kulturpolitik ist aber auch zu beachten, dass kulturelle Einrichtungen und ein breit gefächertes Angebot an Aktivitäten zu den weichen Standortfaktoren zählen und die Ansiedlung von Unternehmen beeinflussen. Kultur und Kulturpolitik bestimmen auch die Zukunftschancen der jungen Generation; deshalb wird von uns ein besonderer Schwerpunkt auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen gelegt.

Musikschulen, Musikvereine, Chöre, Kleinkunstabühnen, Laientheater, Kultur- und Theaterringe müssen unterstützt werden, um die kulturellen Aktivitäten der Bürger zu fördern. Beim Bau und der Gestaltung kommunaler Einrichtungen sollte in besonderer Weise darauf geachtet werden, dass Aufführungs- und Darstellungsmöglichkeiten für solche Vereine und Gruppen bestehen. Büchereien und Museen sollten auch die Zusammenarbeit mit Kindergärten, Schulen und Volkshochschulen suchen.

Für die FDP ist die Stärkung der Vereinsarbeit von besonderer Bedeutung, denn das Leben in der Gemeinde bedeutet vor allem Leben in der Gemeinschaft. Vereine sind herausragende Beispiele funktionierender eigenverantwortlicher Bürgeraktivität.

Neben der Vereinsförderung sind auch die neuen Formen kultureller Initiativen zu unterstützen, die durchaus zu einer Bereicherung der Kulturszene beitragen können. Kulturelle Aktivitäten, die sich aus orts- und stadtteilbezogenem Engagement der Bürger aus Ideen zur künstlerischen Gestaltung der Wohngebiete oder aus Jugendinitiativen entwickeln, können zu einer lebendigen Stadt- und Landentwicklung beitragen. Aber auch die vielfältigen Initiativen zur Einrichtung von Heimatmuseen und zur Pflege des Brauchtums fördern die Identifikation der Bürger zu ihrer Gemeinde.

Das Gefühl der Verbundenheit mit dem Ort, in dem man lebt, entsteht am wenigsten durch Beschlüsse der Gemeindevertretungen, sondern kann am ehesten aus dem Engagement „Bürger für Bürger“ erwachsen.

Die FDP lehnt Dirigismus, Bevormundung oder übermäßige Planung nicht nur im kulturellen Bereich, sondern auch für den Bereich Freizeit und Erholung ab. Allerdings sollte bei der Neugestaltung von Stadtvierteln und in Neubaugebieten auf eine ausreichende Anzahl von Freizeit- und Erholungsanlagen geachtet werden.

6. Mit der Natur haushalten

Der alte Haushaltsgrundsatz „Man kann nur ausgeben, was man hat!“ muss auch für den Umweltschutz und den Energieverbrauch gelten. Natürlich muss man die Natur nutzen. Man muss dem Boden das Trinkwasser entnehmen und die Früchte ernten, die darauf wachsen, aber die Quellen dürfen nicht bis zur Erschöpfung ausgebeutet werden, und der Boden muss pfleglich behandelt werden, damit er auch in Zukunft noch gute Ernten bringt. Der Grundsatz, nach dem wir die Natur – Wasser, Bodenschätze, Luft, Wald und Feldfrüchte – nur so in Anspruch nehmen, dass sie sich immer wieder erneuern kann, ist das Prinzip der Nachhaltigkeit.

**Umweltpolitik, Energiepolitik, Land- und Forstwirtschaft müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie den Grundsatz der Nachhaltigkeit berücksichtigen.
Naturschutz im Lahn-Dill-Kreis**

Die abwechslungsreiche Gliederung der Landschaft im Lahn-Dill-Kreis hat uns vor ausgeräumten Flächen und größeren Kulturverwüstungen bewahrt. Die Erhaltung der vielgestaltigen Landschaft und des beachtlichen Artenreichtums ist nicht vorrangig das Ergebnis der Ausweisung von vielen Schutzgebieten mit den entsprechenden Nutzungsbeschränkungen, sondern einer nachhaltigen Nutzung.

Trotz einiger Schandflecke, im wesentlichen das Ergebnis der Übernutzung durch den Verkehr und einer plan- und rücksichtslosen Gewerbeansiedlung und Wohnbebauung, ist die Landschaft überwiegend noch in einem erfreulichen Zustand. Das verdanken wir in erster Linie einer nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung. Wir fordern: **Die Umweltpolitik im Lahn-Dill-Kreis muss die landschaftspflegerische Leistung der Land- und Forstwirtschaft auch in Zukunft – vorrangig durch Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes – sicherstellen.** Die Standorte der Gehöfte im Außenbereich müssen im Hinblick auf die Pflegeleistung der Landwirte gesichert und notfalls erweitert werden, unter Umständen auch im Landschaftsschutzgebiet. Wo die Landwirtschaft keine ausreichende Erwerbsgrundlage mehr ist, können Nebenerwerbslandwirte Pflegeleistungen erbringen, für die sie honoriert werden müssen.

Neben den Bemühungen um eine umweltverträgliche Land- und Forstwirtschaft spielen das Ehrenamt im Naturschutz und der Einsatz der Naturschutzverbände eine große Rolle. Wir werden sie dementsprechend unterstützen.

Trinkwasser sparen, Ressourcen schonen

Im Lahn-Dill-Kreis ist reichlich gutes Trinkwasser vorhanden. Trotz des guten Angebots ist sparsamer Umgang mit Wasser geboten: Aus Trinkwasser wird Abwasser; und vom Abwasser kann immer eine Beeinträchtigung der Umwelt ausgehen.

Deswegen soll die Einrichtung von Regenwassersammelanlagen gefördert werden. Wo immer es möglich ist, ist der Rückbau versiegelter Flächen zu veranlassen; für den Einbau von Wasser sparenden Armaturen und Maschinen muss öffentlich geworben werden, u.a. in Zusammenarbeit mit dem heimischen Handwerk durch Ausstellungen und Demonstrationen.

Abfallentsorgung

Das Ziel der Abfallwirtschaft ist, Abfall so weit es geht zu vermeiden, den verbleibenden Abfall möglichst umweltschonend und kostengünstig zu entsorgen. Der wirtschaftlich sinnvolle Einsatz von Müll als Rohstoff ist deshalb einer Deponierung vorzuziehen. Gerade wenn neue Wege in der Abfallwirtschaft beschritten werden, sind ein professionelles Management und transparente Abläufe wesentlich für den Erfolg. Die erheblichen Mängel beim Management der Abfallwirtschaft in den vergangenen Jahren sind Ursache für den entstandenen großen Schaden und die daraus resultierende Erhöhung der Abfallgebühren.

Die FDP will mit einem professionellen und transparenten Management die Abfallwirtschaft im Lahn-Dill-Kreis dauerhaft auf solide Füße stellen. Dabei verschließen wir uns keinem ökologisch und wirtschaftlich sinnvollem Projekt, ohne vorab auf eine Lösung festgelegt zu sein.

Ziele einer liberalen Abfallwirtschaft sind

- stärker verbrauchsorientierte Gebühren, die den Bürger entlasten, der Müll vermeidet, sowie
- stabile und langfristig sinkende Abfallgebühren durch den effizienten Umgang mit Müll als Rohstoff.

Lärmschutz

Lärm geht nicht nur von Bundes- und Landesstraßen aus. Auch die Anlieger von Kreisstraßen sind zunehmend dem Verkehrslärm ausgesetzt. Auch sie haben Anspruch auf Lärmschutz. Im Rahmen seiner Zuständigkeit kann ihnen der Kreis durch flächenhafte Geschwindigkeitsbeschränkungen, mit Lärmschutzwällen an Kreisstraßen oder mit Ortsumgehungen helfen. Der Kreis muss – soweit er nicht als Träger der Baulast unmittelbar verantwortlich ist – in diesem Zusammenhang durch Planungsvorgaben tätig werden.

Wir fordern, dass als Planungsgrundlage ein Lärmschutzkataster erstellt wird.

Kommunale Energiewirtschaft

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit muss ganz besonders beim Einsatz von Energie beachtet werden.

Strom kann gespart werden, wenn er dezentral in kleinen Einheiten mit einer effektiven Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wird; und fossile Brennstoffe können gespart werden, wenn dabei vor allem erneuerbare Energieträger zum Einsatz kommen. Diesen technischen Möglichkeiten stehen häufig die Verträge mit den Elektrizitätsversorgern im Wege. Der Kreis muss den Kommunen behilflich sein, ihre Verträge mit den Versorgern der gewünschten technischen Innovation anzupassen. Überschussstrom muss zu günstigen Bedingungen in das Stromnetz eingespeist werden können. Der Kreis sollte mit den Versorgern eine generelle Innovationsklausel für dezentrale Stromerzeugung vereinbaren. Wo immer die Voraussetzungen gegeben sind, sollten Fernwärmenetze an die Stelle der Einzelfeuerungsanlagen treten. Auch dabei kann der Landkreis durch Planungsvorgaben helfen.

Windkraftanlagen können nur in begrenztem Maße dazu beitragen, den klimaschädlichen Verbrauch fossiler Brennstoffe einzuschränken. Nicht alle Standorte sind dafür geeignet; und manche Standorte stören das Landschaftsbild. Deswegen sind Windkraftanlagen nur dort zu genehmigen, wo der energetische Nutzen gewährleistet ist und Anlieger nicht beeinträchtigt werden.

Wie man durch dezentrale Versorgungsanlagen, durch die Nutzung der Sonne, des Windes und erneuerbarer Brennstoffe Energie einsparen oder klimaschädliche Energieträger ersetzen kann, muss dem Bürger mit Demonstrationsanlagen und Pilotprojekten, zu denen auch Niedrigenergiehäuser gehören sollten, sichtbar gemacht werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Baugesetz vorgesehene Ausgleichspflicht bei neuen Baugebieten durch den Nachweis besonders energiesparender Baumaßnahmen abgegolten werden kann.

Das aus häuslichen Abfällen hergestellte so genannte Trockenstabilat hat nach Auffassung der FDP seine Bewährungsprobe erst bestanden, wenn es wie die nachwachsenden Rohstoffe in geeigneten Verbrennungsanlagen unbedenklich ortsnah eingesetzt werden kann. Der energetische Nutzen der Abfallverbrennung darf nicht durch energieaufwendige Transporte wieder aufs Spiel gesetzt werden.